

15. 05. 92

Wi

15 Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 18. Januar 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kap Verde
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Fristablauf: 26. 06. 92

314/92

15. 05. 92

Wi

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 18. Januar 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kap Verde
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (412) – 651 09 – Ka 68/92

Bonn, den 15. Mai 1992

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Januar 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist von dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Kohl

Fristablauf: 26. 06. 92

3/4/92

4-

Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 18. Januar 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kap Verde
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 18. Januar 1990 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kap Verde
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acordo
entre a República Federal da Alemanha
e a República de Cabo Verde
sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Republik Kap Verde –

A República Federal da Alemanha
 e
 a República de Cabo Verde,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

animadas do desejo de intensificar a cooperação económica entre os dois Estados,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

desejando criar condições favoráveis para investimentos de nacionais ou sociedades de um Estado no território do outro Estado,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

reconhecendo que a promoção e a protecção desses investimentos por meio de um Acordo poderão servir para estimular a iniciativa económica privada e incrementar o bem-estar de ambos os povos,

haben folgendes vereinbart:

acordaram o seguinte:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Kap Verde: Kapverdier im Sinne des in der Republik Kap Verde geltenden Staatsangehörigkeitsgesetzes;

Artigo 1

Para os efeitos do presente Acordo

1. O termo "investimentos" compreende toda a espécie de bens, nomeadamente
 - a) propriedade de bens móveis e imóveis, bem como outros direitos reais tais como hipotecas e penhoras;
 - b) títulos de participação em sociedades e outros tipos de participação em sociedades;
 - c) direitos relativos a dinheiro que foi aplicado para gerar valor económico ou direitos a prestações com valor económico;
 - d) direitos de autor, direitos de propriedade industrial, processos técnicos, marcas comerciais, denominações comerciais, know-how e goodwill;
 - e) concessões de direito público, incluindo concessões de pesquisa, exploração e extracção.
 A alteração da forma pela qual os bens forem investidos não afectará a sua qualidade de investimento de capitais.
2. O termo "rendimentos" designa as quantias geradas por um investimento num determinado período tais como lucros, dividendos, juros, royalties ou outras formas de remuneração relacionadas com o investimento.
3. O termo "nacionais" designa:
 - a) no que respeita à República Federal da Alemanha: Alemães tais como se encontram definidos na Lei Fundamental da República Federal da Alemanha;
 - b) no que respeita à República de Cabo Verde: Cabo-verdianos tais como se encontram definidos na Lei da Nacionalidade vigente na República de Cabo Verde.

4. bezeichnet der Begriffe „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht, sofern sie ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat,
- b) in bezug auf die Republik Kap Verde:
jede Kollektivpersönlichkeit, sofern sie ihren Sitz im kap-verdischen Geltungsbereich dieses Vertrags hat.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen.

4. O termo „sociedades“ designa:

- a) em relação à República Federal da Alemanha: toda a pessoa jurídica, bem como as sociedades comerciais ou outras sociedades ou associações, com ou sem personalidade jurídica, com fins lucrativos ou não, desde que tenham sede na área alemã de aplicação do presente Acordo;
- b) em relação à República de Cabo Verde:
toda a pessoa colectiva, desde que tenha sede na área cabo-verdiana de aplicação do presente Acordo.

Artigo 2

1. Ambas as Partes Contratantes permitirão investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território, de acordo com as disposições legais vigentes, promovendo-os na medida do possível. Em todos os casos concederá aos investimentos tratamento justo e devido.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dificultará de forma alguma a administração, a aplicação, o uso ou o aproveitamento dos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território através de medidas arbitrárias ou discriminatórias.

Artigo 3

1. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos investimentos no seu território que sejam propriedade ou que estejam sob controlo de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento menos favorável do que o concedido aos investimentos dos seus próprios nacionais e sociedades ou aos investimentos de nacionais e sociedades de terceiros Estados.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no que diz respeito à sua actividade quando esta se relaciona com investimentos no seu território, um tratamento menos favorável do que o concedido aos seus próprios nacionais e sociedades ou a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

3. Este tratamento não se refere a privilégios que uma das Partes Contratantes conceda a nacionais ou sociedades de terceiros Estados pelo facto de serem membros de uma união aduaneira ou económica, de um mercado comum ou de uma zona de comércio livre ou por a eles estarem associados.

4. O tratamento acordado neste Artigo não se refere a benefícios que uma das Partes Contratantes conceda a nacionais ou sociedades de terceiros Estados em consequência de um acordo de dupla tributação ou de outros acordos sobre questões fiscais.

Artigo 4

1. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes gozarão no território da outra Parte Contratante de plena protecção e de plena segurança.

2. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante não poderão ser expropriados, nacionalizados ou sujeitos a outras medidas com efeitos equivalentes à expropriação ou à nacionalização, senão por motivos de utilidade pública e mediante indemnização. A indemnização deverá corresponder ao valor que o investimento expropriado tinha imediatamente antes da data de publicação da expropriação, nacionalização ou medida equivalente já consumada ou imminente. A indemnização deverá ser paga sem demora e vencerá juros à taxa bancária usual, até à data da sua liquidação; a indemnização deverá ser efectivamente realizável e livremente transferível. Deverão ser tomadas providências adequadas quanto à fixação e pagamento da indemnização o mais tardar no momento da expropriação, nacionalização ou medida equivalente. A legalidade da expropriação, nacionalização

sen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenz- oder anderen Entgelten für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d genannten Rechte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds im Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft

zation oder medida equivalente e o montante da indemnização deverão ser comprováveis em processo judicial normal.

3. Os nacionais ou sociedades de uma das Partes Contratantes que venham a sofrer perdas de investimentos no território da outra Parte Contratante em virtude de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou sublevação, não receberão dessa Parte Contratante tratamento menos favorável em matéria de restituições, compensações, indemnizações ou demais retribuições, do que o concedido aos seus próprios nacionais ou sociedades. Esses pagamentos deverão ser livremente transferíveis.

4. Em relação às matérias reguladas no presente Artigo, os nacionais ou as sociedades de uma das Partes Contratantes gozarão, no território da outra Parte Contratante, do tratamento de nação mais favorecida.

Artigo 5

Ambas as Partes Contratantes garantirão aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a transferência livre das importâncias relacionadas com os investimentos, nomeadamente:

- a) do capital e das importâncias adicionais para a manutenção ou ampliação do investimento;
- b) dos rendimentos;
- c) para restituição de empréstimos;
- d) de royalties ou outras remunerações dos direitos referidos no Artigo 1 número 1 letra d;
- e) do produto resultante de uma liquidação ou alienação total ou parcial do investimento.

Artigo 6

Se uma das Partes Contratantes realizar pagamentos aos seus nacionais ou sociedades em virtude de uma garantia concedida a um investimento no território da outra Parte Contratante, esta, sem prejuízo dos direitos resultantes do Artigo 10 para a primeira Parte Contratante, reconhecerá a transferência de todos os direitos desses nacionais ou sociedades para a primeira Parte Contratante, seja por efeito legal ou com base em acto jurídico. Para além disso, a outra Parte Contratante reconhecerá a substituição da primeira Parte Contratante em todos esses direitos, podendo esta exercê-los na mesma medida que a Parte substituída (sub-rogação). A transferência das importâncias referentes a pagamentos a realizar em virtude da sub-rogação aplicar-se-ão análogamente as disposições do Artigo 4 números 2 e 3 e do Artigo 5.

Artigo 7

1. As transferências nos termos do Artigo 4 números 2 ou 3, Artigo 5 ou 6 realizar-se-ão de imediato à taxa de câmbio em vigor.

2. Esta taxa terá de estar em conformidade com a cross rate resultante das taxas de câmbio que, na data do pagamento, o Fundo Monetário Internacional tomaria por base para o câmbio das respectivas moedas em direitos especiais de saque.

Artigo 8

1. Se das disposições legais de uma das Partes Contratantes ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional que existam ou venham a existir futuramente entre as Partes Contratantes a

begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

par do presente Acordo resultar uma regulamentação geral ou especial em que seja concedido aos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto no presente Acordo, essa regulamentação prevalecerá na parte em que for mais favorável.

2. Ambas as Partes Contratantes observarão qualquer outro compromisso que tenham assumido em relação a investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território.

Artigo 9

O presente Acordo aplicar-se-á também a investimentos realizados por nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante no território da outra Parte Contratante em conformidade com as respectivas disposições legais e que tiveram lugar antes da sua entrada em vigor.

Artigo 10

1. Os litígios que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão dirimidos, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes.

2. Se um litígio não puder ser dirimido dessa maneira, será submetido a um tribunal arbitral a pedido de qualquer das Partes Contratantes.

3. O tribunal arbitral será constituído ad hoc, nomeando cada uma das Partes Contratantes um membro; de comum acordo, ambos os membros designarão um nacional dum terceiro Estado como presidente, que será nomeado pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os membros deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o presidente dentro de três meses a contar da data em que uma das Partes Contratantes tenha comunicado à outra que deseja submeter o litígio a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos fixados no número 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, na falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias nomeações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou esteja impedido por qualquer outro motivo, caberá ao Vice-Presidente proceder às nomeações. Se o Vice-Presidente possuir também a nacionalidade de uma das Partes Contratantes ou se estiver também impedido por qualquer outro motivo, as nomeações caberão ao membro do Tribunal que se siga na hierarquia e não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão vinculatórias. A cada uma das Partes Contratantes caberão as despesas do seu árbitro bem como da sua representação no processo perante o tribunal arbitral; ambas as Partes Contratantes arcarão em partes iguais com as despesas do Presidente bem como com as demais despesas. O tribunal arbitral poderá adoptar um regulamento diferente quanto às despesas. O tribunal arbitral definirá as suas próprias regras processuais.

6. Se ambas as Partes Contratantes forem membros da Convenção para regular diferendos entre Estados e nacionais de outros Estados relativos a investimentos, de 18 de Março de 1965, não se poderá recorrer nos termos do Artigo 27 parágrafo 1 da Convenção ao tribunal arbitral acima previsto, visto que entre o nacional ou a sociedade de uma das Partes Contratantes e a outra Parte Contratante existe o acordo a que se refere o Artigo 25 da Convenção. Ressalva-se a possibilidade de recurso ao tribunal arbitral acima referido no caso da não observância duma decisão do tribunal arbitral estabelecido nos termos da referida Convenção (Artigo 27), no caso de transferência de direitos por força da lei ou com base em acto jurídico em conformidade com o Artigo 6 do presente Acordo.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen der Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder für den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 6, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kap Verde innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

Artigo 11

1. Os litígios que surgirem entre uma das Parte Contratantes e o nacional ou uma sociedade da outra Parte Contratante em relação a investimentos deverão, na medida do possível, ser dirimidos amigavelmente entre as partes litigantes.

2. Se um litígio não puder ser dirimido dentro de um prazo de seis meses, contado a partir da data em que uma das partes litigantes o tenha feito valer, ele será submetido, a pedido do nacional ou da sociedade da outra Parte Contratante, a um processo arbitral. Pelo presente Acordo, ambas as Partes Contratantes declaram a sua concordância com tal processo. Salvo decisão contrária, as disposições do Artigo 10 números 3 a 5 aplicar-se-ão analogamente, sob condição de as partes litigantes nomearem os membros do tribunal arbitral em conformidade com o previsto no número 3 do Artigo 10 e, se os prazos referidos no número 3 do Artigo 10 não forem observados, de cada uma delas poder, por falta de outros acordos, convidar o Presidente do Tribunal de Arbitragem da Câmara Internacional de Comércio em Paris a proceder às nomeações necessárias. A sentença arbitral será executada em conformidade com o direito nacional.

3. A Parte Contratante implicada no litígio não alegará durante um processo arbitral ou a execução da sentença arbitral que o nacional ou a sociedade da outra Parte Contratante recebeu duma seguradora uma indemnização por uma parte do dano ou pela sua totalidade.

4. Se ambas as Partes Contratantes se tiverem tomado também membros da Convenção para regular diferendos entre Estados e nacionais de outros Estados relativos a investimentos, de 18 de Março de 1965, os litígios entre as partes, a que se refere o presente Artigo, serão submetidos a um processo arbitral conforme a Convenção acima referida, a não ser que as Partes Contratantes tomem decisão contrária; pelo presente Acordo, ambas as Partes Contratantes declaram a sua concordância com tal processo.

Artigo 12

O presente Acordo permanecerá em vigor mesmo no caso de conflito entre as Partes Contratantes, sem prejuízo do direito de serem adoptadas medidas provisórias admitidas pelas normas gerais do Direito Internacional. As medidas dessa natureza serão derogadas o mais tardar no momento da cessação efectiva do conflito, independentemente da existência ou não de relações diplomáticas.

Artigo 13

Com excepção das disposições do número 6 do Protocolo – na medida em que dizem respeito aos transportes aéreos – o presente Acordo aplicar-se-á também ao "Land" de Berlim, desde que o Governo da República Federal da Alemanha não apresente ao Governo da República de Cabo Verde uma declaração em contrário dentro de três meses após a entrada em vigor do presente Acordo.

Artigo 14

1. O presente Acordo carece de ratificação; os instrumentos de ratificação serão trocados o mais brevemente possível.

2. O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação. Permanecerá em vigor por dez anos; após a expiração desse prazo considerar-se-á prorrogado por tempo indefinido, a não ser que uma das Partes Contratantes o denuncie, por escrito, com uma antecedência de 12 meses. Expirado o prazo de dez anos, o Acordo poderá ser denunciado em qualquer momento, com doze meses de antecedência.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

3. Para os investimento realizados até ao momento da expiração do presente Acordo, permanecerão em vigor por vinte anos a partir da data da expiração do Acordo as disposições dos Artigos 1 a 13.

Geschehen zu Bonn am 18. Januar 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Feito em Bona, aos 18 de Janeiro de 1990, em dois originais, cada um em idioma alemão e português, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Alois Jelonek

Für die Republik Kap Verde
Pela República de Cabo Verde
A. Rodrigues Pires

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Vertrags sind:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Protocolo

Por ocasião da assinatura do Acordo sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos entre a República Federal da Alemanha e a República de Cabo Verde, os plenipotenciários abaixo-assinados acordaram ainda nas seguintes disposições que constituem parte integrante do presente Acordo:

1. Com referência ao Artigo 1

- a) Os rendimentos do investimento e, no caso do seu reinvestimento, também os rendimentos deste gozarão da mesma protecção que o próprio investimento.
- b) Considerar-se-á nacional de uma das Partes Contratantes toda a pessoa que possua um passaporte nacional emitido pelas autoridades competentes da referida Parte Contratante, sem prejuízo de outros procedimentos para a determinação da nacionalidade.

2. Com referência ao Artigo 2

- a) Os investimentos, realizados em conformidade com as disposições legais de uma Parte Contratante no campo de aplicação da sua jurisdição por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, gozarão da plena protecção do presente Acordo.
- b) O presente Acordo aplicar-se-á também às áreas da Zona Económica Exclusiva e da plataforma continental, desde que o Direito Internacional permita à Parte Contratante em causa o exercício dos direitos de soberania ou jurisdição nessas áreas.

3. Com referência ao Artigo 3

- a) Como „actividade“, no sentido do Artigo 3 número 2, serão considerados em especial mas não exclusivamente a administração, a aplicação, o uso e o aproveitamento de um investimento. Como tratamento „menos favorável“, no sentido do Artigo 3, serão consideradas especialmente as limitações à aquisição de matérias-primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como de meios de produção e exploração de todo o tipo, o impedimento à venda de produtos dentro do país e no estrangeiro, e ainda outras medidas com efeito semelhante. Não serão consideradas como tratamento „menos favorável“, no sentido do Artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem pública, de saúde pública ou de ordem moral.
- b) As disposições do Artigo 3 não obrigam nenhuma das Partes Contratantes a estender as vantagens, isenções e reduções fiscais que, segundo as leis tributárias, somente são concedidas a pessoas físicas e sociedades residentes no seu território a pessoas físicas e sociedades residentes no território da outra Parte Contratante.
- c) No âmbito das suas disposições legais internas, ambas as Partes Contratantes examinarão com benevolência os requerimentos de entrada e permanência de pessoas de uma das Partes Contratantes que desejarem entrar no território da outra Parte Contratante em conexão com um investimento; o mesmo valerá para os assalariados de uma das Partes Contratantes que quiserem entrar e permanecer no território da outra Parte Contratante em conexão com um investimento, para exercer uma actividade remunerada. Os requerimentos de autorização de trabalho serão igualmente examinados com benevolência.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

4. Com referência ao Artigo 4

O direito à indemnização também prevalecerá se houver uma intervenção do Estado na empresa que é objecto do investimento, comprometendo consideravelmente a substância económica da mesma.

5. Com referência ao Artigo 7

Uma transferência considerar-se-á como realizada “sem demora”, no sentido do número 1 do Artigo 7, quando se efectuar dentro do prazo normalmente necessário para o cumprimento das necessárias formalidades. O prazo será contado a partir do dia em que o requerimento tenha sido apresentado, não podendo em caso algum exceder dois meses.

6. Com referência aos transportes de bens e pessoas decorrentes do investimento nenhuma das Partes Contratantes excluirá ou dificultará a utilização de empresas de transporte da outra Parte Contratante, outorgando, quando necessário, as autorizações para a realização dos transportes. As disposições acima indicadas abrangem o transporte de:

- a) bens directamente destinados ao investimento abrangido no âmbito do presente Acordo ou adquiridos no território de uma das Partes Contratantes ou de um terceiro Estado por uma empresa ou por conta de uma empresa nas quais tenha sido investido capital no âmbito do presente Acordo;
- b) pessoas em deslocações relacionadas com os investimentos.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Ein Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Entwicklungsländern ist.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 14 Artikeln und einem Protokoll.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren.

Nach Protokollnummer 2 Buchstabe a fallen alle Kapitalanlagen unter den Schutz des Vertrags, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Gastlandes vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die

Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch seine Kapitalanlage beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Der Transfer nach den Artikeln 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen.

Nach Protokollnummer 5 darf dabei eine Frist von zwei Monaten nicht überschritten werden.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Artikel 13 enthält die früher übliche Berlin-Klausel, die seit dem 3. Oktober 1990 ohne Bedeutung ist.

Zu Artikel 14

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

26.06.92

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Januar 1990
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Kap Verde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von
Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 644. Sitzung am 26. Juni 1992 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf Einwendungen nicht zu erheben.